



Gelungenes Bürgerbegehren

Nur noch tausend gültige Stimmen waren bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe erforderlich, um die für den Erfolg des Bürgerbegehrens zur Unterstützung von Tierpark und Zoo notwendigen 19881 Unterschriften zu erreichen (10% aller bei der letzten Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberger Wahlberechtigten). Zeitgleich harrten im Bezirkswahlamt fast zehntausend Unterschriften der Berliner und ihrer Gäste der Überprüfung auf Gültigkeit. Bereits vor Ablauf der Unterzeichnungsfrist am 5. März ist also auch dieses dritte Lichtenberger Bürgerbegehren überaus erfolgreich ausgegangen.

Nun wird die Bezirksverordnetenversammlung das Ergebnis entgegennehmen und das Bezirksamt auffordern, sich an den Senat zu wenden, damit dieser sich „umgehend, ohne Wenn und Aber, zum Fortbestand des Tierparks und des Zoologischen Gartens bekennt“, damit „jede Art spekulativer Diskussion über die Höhe öffentlicher Zuschüsse für Tierpark und Zoo



Foto: J. Pampel

politiker sah darin „ein erstes und ermutigendes Zeichen der Kenntnisnahme des Bürgerwillens im Senat und im Abgeordnetenhaus“.

Inwiefern das anhält, wird sich zeigen. Aber allein Zustandekommen und Verlauf dieses jüngsten Bürgerbegehrens sind bemerkenswert. So waren bereits wenige Wochen nach dem Start der Initiative am 18. September 2002 mehr als 4 000 gültige Unterstützerunterschriften registriert – die zur Durchführung des Bürgerbegehrens erforderlichen Unterschriften von 2% aller wahlberechtigten Lichtenberger. In seine 2. Etappe am 5. Januar ging das Begehren bereits mit einem „Polster“ von 16 156 Stimmen, von denen 10 630 gültig waren.

Über die 14 bezirklichen Auslegestellen hinaus legten weitere 11 Einrichtungen Kontaktlisten aus. 25 Personen gingen treppauf-treppab und von Tür zu Tür. Die älteste Sammlerin, die 88-jährige Lehrerin Lotti Döbler (Foto oben), mit tausenden NAW-Stunden im Tierpark quasi eine der „ewigen Mitbesitzerinnen“ des Friedrichsfelder Areals, brachte allein 300 Unterschriften ihrer Nachbarn und Freunde auf die Waage. Im Team mit den Klassenkameraden aus der Ludwig-Erhard-Oberschule und mit der Erstunterzeichnerin und PDS-Bezirksverordneten Christel Schemel kann die 12-jährige Franziska Kühnel (Foto links) als jüngste Sammlerin auf fünf Vor-Ort-Sammlungen und auf fast 5 000 Unterschriften verweisen.

J. Pampel



Foto: J. Pampel

sofort und in Zukunft unterbunden wird“. Auf der 16. Tagung der BVV am 19. Februar konnte Rainer Bosse, Bezirksverordnetenvorsteher und einer der sieben Erstunterzeichner des Bürgerbegehrens jene Zeitungsmeldungen quittieren, wonach der Senat seine Kürzungsbeschlüsse der Zuschüsse von insgesamt 500 000€ für beide Einrichtungen ab 2003 zurückgenommen habe. Der Lichtenberger PDS-Kommunal-

Risikoabschirmung falsch verstanden?

von Dr. Gesine Löttsch, MdB

Der Presse („Tagesspiegel“, 26. Februar 2003) war zu entnehmen, dass der Arbeitsausschuss der Landesbank Berlin beabsichtigt, deren ehemaligen Vorständen, mit denen die Bank nun im Rechtsstreit liegt, die Anwaltskosten zu bezahlen.

Dieser Vorgang ist sehr ungewöhnlich, und ich kenne auch keinen vergleichbaren Fall, bei dem ein Arbeitnehmer, der von seinem Chef wegen Fahrlässigkeit oder Unfähigkeit gefeuert wurde, dann noch mit zinslosen Krediten versorgt wurde, um den Prozess gegen seinen ehemaligen Chef bezahlen zu können.

Ich finde diesen Vorgang besonders deshalb unverständlich, weil immer wieder von Managern der deutschen Wirtschaft eine sogenannte Vollkasko-Mentalität bei den Bundesbürgern unterstellt wird. Doch genau die, die so etwas immer wieder behaupten, haben offensichtlich eine Vollkasko-Versicherung, die sie sogar noch absichert, wenn sie für schwerwiegenden Schaden Verantwortung tragen.

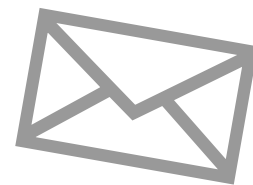
Bei den Bürgern entsteht der Eindruck, dass eine Vorstandskrähe der anderen kein Auge aushackt. Da haben wohl einige Vorstandsmitglieder der Landesbank Berlin die Risikoabschirmung falsch verstanden. Sie haben nichts dazu gelernt: Für sie bedeutet das Wort Risikoabwälzung.

In dieser Ausgabe:

Antikriegsposter

Liebe Leserinnen und Leser!

Auf den Seiten 4 und 5 dieser Ausgabe veröffentlicht die Redaktion ein Poster gegen den drohenden Irakkrieg. Trennen Sie dieses Poster bitte aus der Zeitung heraus und nutzen Sie es für Ihre Öffentlichkeitsarbeit. **Zeigen wir gemeinsam unser konsequentes Nein zum Krieg!**



Unrecht endlich beseitigt

Zur Wiederaufnahme Bersarins in die Ehrenbürgerliste Berlins erklärten die PDS-Abgeordneten im Deutschen Bundestag Dr. Gesine Löttsch und Petra Pau am 11. Februar 2003:

„Wir begrüßen, dass der Senat von Berlin jetzt endlich den Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin vom Sommer 2000 umgesetzt hat.

Dieser Beschluss war noch zu Zeiten der CDU-SPD-Koalition von SPD, PDS und Grünen gegen die Stimmen der CDU gefasst worden. Der damalige Regierende Bürgermeister Diepgen boykottierte die Umsetzung des Parlamentsbeschlusses.

In den Koalitionsgesprächen zwischen SPD und PDS wurde die Wiederaufnahme Bersarins in die Ehrenbürgerliste vereinbart. Unterstützt wurde die öffentliche Diskussion durch eine Broschüre, die von der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus herausgegeben wurde.

Die Wiederaufnahme Bersarins in die Ehrenbürgerliste Berlins muss würdig begangen werden. Wir gehen davon aus, dass der Berliner Senat die Angehörigen Bersarins dazu zu einer Feierstunde einlädt.“

Die Leserinnen und Leser von „info links“ hoffen, dass diese Feierstunde bald stattfindet und das Porträt Nikolai Bersarins schnell wieder in die Galerie der Ehrenbürger dieser Stadt aufgenommen wird.

Das Verhalten zählt!

Inhaltliche Profile sollten kritischer hinterfragt werden. Die Politische Erklärung der HV erweckt den Eindruck, dass man immer noch nicht die tieferen Ursachen der Wahlniederlage zur Kenntnis nehmen will.

Nicht in erster Linie ein neues Programm muss deutlich machen, wer die PDS in Berlin ist, sondern wie sich die PDS in Senat und Abgeordnetenhaus verhält.

Aussagen vor und nach der Wahl stimmen nicht mehr usw.

Mit der Aussage „Wir stehen zur Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin“ wird wohl kaum das Ansehen der PDS zurück zu gewinnen sein. A. Schmechner, via e-Mail

Wir gratulieren

Prof. Dr. Christa Luft, eine „Lichtenbergerin ehrenhalber“, feierte am 23. Februar ihren 65. Geburtstag. Sie ist dem Bezirk durch ihre langjährige Tätigkeit als Rektorin der Hochschule für Ökonomie in Karlshorst sowie den zweimaligen Gewinn ihres Bundestagswahlkreises, zu dem der alte Bezirk Lichtenberg gehörte, aufs engste verbunden.

„info links“ gratuliert der Jubilarin herzlich und wünscht ihr Gesundheit und die Kraft, noch viele kluge linke Ideen in die gesellschaftliche Debatte einzubringen.

Christa Luft im Gespräch mit ihren Wählern auf einer PDS-Veranstaltung in der Lichtenberger Parkaue



Foto: J. Rückmann

Dichtung und Wahrheit

„Den demokratischen Parteien ebenso wie all denjenigen, die in den Medien Politik kritisch begleiten, sollte der 30. Januar Anlass sein, beim notwendigen Streit über die richtige Politik die Formen zu wählen, die der Demokratie angemessen sind. Dazu gehört der Respekt vor den politischen Konkurrenten ebenso wie die Achtung der demokratischen Prozeduren ...“ (SPD-Generalsekretär Olaf Scholz zum 30. Januar)

Die Nagelprobe auf diese hehren Worte erleben die zwei PDS-Abgeordneten täglich im Bundestag: Unwürdige Bedingungen im Plenarsaal, unangemessener Umgang mit ihnen. Selbst in einer formlosen Rednerliste wird ihnen die PDS-Zugehörigkeit aberkannt (→ siehe Abbildung unten).

Volkssolidarität sammelt

Die diesjährige Haus- und Straßensammlung findet vom 2. bis 23. März 2003 statt. Der Ertrag dient der sozialen und kulturellen Arbeit der Volkssolidarität (Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband e.V.):

→ Betreuung alter, kranker und behinderter Menschen;

→ kulturelle Veranstaltungen, Konzerte;

→ Interessengemeinschaften u. v. a. m.

50% des Ertrags verbleibt in den Ortsgruppen. Einen Teil davon wurde in den vorangegangenen Jahren gespendet, um sozial benachteiligten Kindern den Aufenthalt in einem Ferienlager zu ermöglichen. Auch an Heime für behinderte Kinder in Russland gingen Spenden. Das soll auch 2003 so sein. Darüber hinaus gibt es viele Möglichkeiten: z. B. die Gestaltung von Weihnachtsfeiern und geselligen Zusammenkünften für Alleinstehende und Bedürftige, Busfahrten oder Hilfe für behinderte Mitglieder.

Bezirksverband der Volkssolidarität

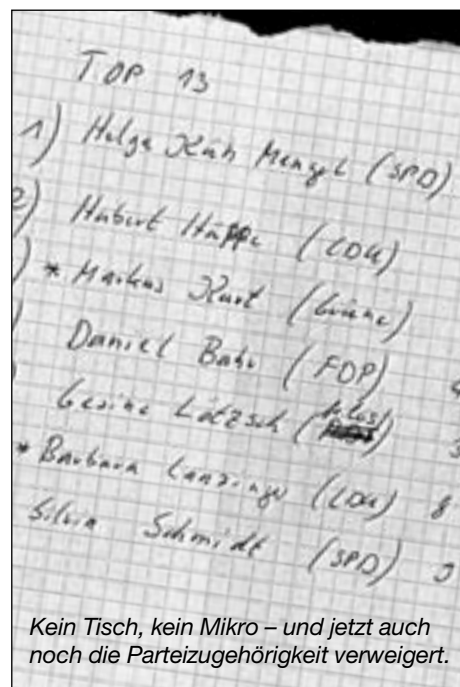
Ist die PDS nur grauköpfig?

Neben dem „inhaltlichen Profil“, mit dem sich die PDS herumschlägt, sollte sie sich auch mit ihrem Image in der Öffentlichkeit auseinandersetzen!

Wie kann man denn die bildliche Darstellung der „Basiskonferenz vom 7.12.02.“ in der Ausgabe 1 werten? Man sieht hier nur graue Köpfe im Auditorium, denen der geneigte Sympathisant die Realisierung der genannten „Kerngedanken“ nicht zutraut ...

Heinz Ludley, 13055 Berlin

Anm. d. Redaktion: Stimmt, das öffentliche Ansehen der PDS muss besser werden. Aber nicht durch eine geschicktere Bildauswahl – diese würde die „grauköpfige Realität“ verfälschen –, sondern durch systematische Anstrengungen, mehr junge Köpfe mit frischem Geist und Elan zu gewinnen. Den „Grauen“ in der PDS trauen wir übrigens mehr zu als Herr L., dem wir für seine Zeilen danken.



Kein Tisch, kein Mikro – und jetzt auch noch die Parteizugehörigkeit verweigert.

Der neue Stadtrat

Michael Räßler wurde im Dezember 2002 von der Lichtenberger BVV zum Stadtrat für Jugend, Bildung und Sport gewählt. Inge Uessler befragte ihn für „info links“.

■ **Info links:** Du kommst aus der Verwaltung, warst lange Jugendhilfeplaner. Profitiert jetzt der Stadtrat Räßler davon?

■ **Michael Räßler:** Kommunalpolitisch ist es nicht nachteilig, solch ein „Fachchinesisch“ zu verstehen und zu wissen, wie Ämter arbeiten.

■ **Info links:** Welche Schwerpunkte siehst du für deine Arbeit?

■ **Michael Räßler:** Wir PDS-Politikerinnen und -Politiker wollen, dass Lichtenberg als Familienbezirk stärker erkenn- und erlebbar wird. Dazu zählen Kita, Grundschule, Sportverein, Jugendklubs im Kiez sowie Spielplätze und Grünflächen. Dazu gehört gute Nachbarschaft und ein Klima des Miteinanders von Jung und Alt. Konzepte für die Zukunft der Kitas und Jugendeinrichtungen wurden bereits durch meine Vorgängerin im Amt, Christina Emmrich, vorgestellt. Ich will dazu die Meinungen der Gremien und – vor allem – die der Betroffenen einholen.

Im Januar haben wir das Konzept für einen Schulentwicklungsplan erarbeitet. Im Frühjahr wird ein Entwurf für einen Sportstättenentwicklungsplan vorgelegt. Dann besitzen wir einen „Masterplan“ für Kinder-, Jugend- und Sporteinrichtungen für die nächsten fünf Jahre. Das bedeutet: Ausreichend Kita- und Hortangebote, ein sicherer Platz für alle Lichtenberger Schülerinnen



Foto: J. Pampel

und Schüler an einer Grund- oder Oberschule, Freizeitangebote. Aber: Wir müssen über Standorte entscheiden, darüber, wo, wofür und für wen die finanziellen Mittel eingesetzt werden.

■ **Info links:** Auch in Lichtenberg sind Schulschließungen ein heißes Eisen. Weniger Kinder, schlechte Bausubstanz, Sparzwänge. Betroffen sind immer Kinder, Lehrer und Eltern. Es hat schon genug Ärger gegeben. Wie soll es weitergehen?

■ **Michael Räßler:** Zwei einfache Fragen, sind so schwer zu beantworten: Welche Schulen *wollen* wir uns leisten und welche *können* wir uns leisten? Die Zahl der Oberschülerinnen und Oberschüler wird sich um

die Hälfte verringern. Die Sanierungskosten für alle Lichtenberger Schulen liegen bei 30 Mio. Euro. Ich habe Vertreter der Eltern-, Schüler- und Lehrerausschüsse, der in der BVV vertretenen Parteien, der Senatsverwaltung für Bildung und des Schulamtes eingeladen. Gemeinsam soll erarbeitet werden, in welchen Stadtteilen künftig welche Schulangebote Vorrang haben. Im Frühjahr müssen klare, nachvollziehbare Entscheidungen getroffen werden, damit Lehrer, Schüler und Eltern für das neue Schuljahr planen können.

■ **Info links:** Du bist als Parteiloser für die PDS im Amt. Bürgernähe, soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie – welche Möglichkeiten siehst du für diesen Weg?

■ **Michael Räßler:** Familien sollen sich im Bezirk wohlfühlen. Verwaltung muss sich auf Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks einstellen und nicht umgekehrt. Das fängt bei der „Behördensprache“ an: Das Herder-Gymnasium ist nicht die Schulnummer 17 114 02. Wir machen keine Einzel-„Abfertigung“, sondern Einzel-Beratung. Wenn Eltern fragen, ob Kitas auch länger, vielleicht sogar an Wochenenden, öffnen können, müssen wir Wege dafür suchen und finden. Transparenz wird weiter großgeschrieben: Adressen, Ansprechpartner, Protokolle, Beschlüsse, Pläne stellen wir ins Internet (www.berlin.de). Ausschusssitzungen, Arbeitsgemeinschaften der Jugendhilfe sind öffentlich. Meine Bürgersprechstunde (3. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr) ist ein fester Termin. Zuhören, miteinander Lösungen suchen – das habe ich mir fest vorgenommen ...

PDS und Vereine

Manchmal hat man den Eindruck, die PDS wolle das Fahrrad neu erfinden, zur Abwechslung mit dem Lenker hinten. So meint die am 25. Januar von der Hauptversammlung verabschiedete Politische Erklärung, wir müssten die Vereine „ins Boot holen“. Ähnliches steht im „Strukturpapier“. Sollten die Genossen übersehen haben, dass viele PDS-Mitglieder schon seit Jahren in der Mietergemeinschaft, in den Kleingartensparten, im Kulturverein, in der Volkssolidarität usw. arbeiten?

Allerdings kann man da nicht die PDS-Fahne schwenken und die Politik erklären wollen. Aber wer seine Aufgaben erfüllt und für die Menschen da ist, genießt auch Achtung und Vertrauen. Meines Erachtens ist das die eigentliche Stärke der PDS. Darum beneiden uns die anderen Parteien, da wollen sie uns gern verdrängen. Im Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes steht aller-

dings kein Wort davon, dass es Gespräche mit den Genossinnen und Genossen gegeben habe, die in den Vereinen tätig sind. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, aber es ist eine wichtige Aufgabe des neuen Vorstandes, sich darum zu kümmern.

Auf Bundesebene sieht es nicht anders aus. Dazu drei Beispiele.

1. Im Januar 2000 ging vom Erfurter Ratsschlag der Initiative „Aufstehen für eine andere Politik“ der Appell aus, eine Million Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu schaffen – mit Begründung und Finanzierungsberechnung. Ein Echo darauf gab es nicht, auch nicht von der PDS. Allerdings tauchte diese Forderung im Wahlprogramm 2002 auf. Mit den beteiligten Genossen war aber zuvor nicht einmal gesprochen worden.

2. Im August 2002 tagte in Neuruppin die Ostdeutsche Friedenskonferenz. Sie beschloss den Neuruppiner Appell: Kein Krieg gegen den Irak! Obwohl Wolfgang Gehrcke federführend beteiligt war, igno-

rierte der Parteivorstand diese Initiative. Erst als im Dezember Genossen aus den Kommunen den Appell aufgriffen und als Prignitzer Appell aktualisierten, kam Bewegung in die Sache.

3. Zu Ende August berief die Volkssolidarität, die größte Wohlfahrtsorganisation mit 435 000 Mitgliedern, eine Gesundheitskonferenz ein. Geprägt aus Erfahrung und sozialem Engagement wurde hier das Wort des Ostens zur geplanten „Gesundheitsreform“ gesprochen. Am 17. Januar 2003 gab der Bundesvorstand der Volkssolidarität eine Presseerklärung zum Thema heraus. Sie war nicht einmal im „Neuen Deutschland“ nachzulesen. Das ND druckte nur den Standpunkt des VdK ab, vom Parteivorstand kam wieder kein Echo.

An allen diesen Initiativen waren Mitglieder der PDS beteiligt. Glücklicherweise haben sie sich bisher durch diese Ignoranz nicht abschrecken lassen. Aber wie lange noch?
Inge Junginger



Ist soziales Wohnen sicher?

Bezirksstadträtin Katrin Lompscher zum Ausstieg aus der Anschlussförderung des sozialen Wohnungsbaus und den Folgen für den Bezirk Lichtenberg

Lichtenberg hat knapp 140 000 Wohnungen. Davon sind fast 39 000 belegungsgebunden, etwa 2 500 sind nach 1990 gebaute Sozialwohnungen (darunter rund 200 Eigenheime), und über 4 100 Wohnungen sind im 2. Förderweg gebaut worden. Von der Senatsentscheidung sind 2 300 Sozialwohnungen, etwa sechs Prozent aller Lichtenberger Wohnungen, betroffen. 9 725 Familien und Einzelpersonen erhielten 2001 Wohngeld.

Um es vorweg zu sagen: Ich begrüße die Senatsentscheidung ausdrücklich, weil sie ein so nur in Berlin bestehendes Selbstbedienungssystem für Bauträger und Immobilienunternehmen endlich beenden hilft.

Es geht hierbei nicht um die Abkehr von einer sozialen Wohnungspolitik, sondern um den Ausstieg aus einer unsozialen Privatisierung öffentlicher Gelder. Mit den über den Gesamtzeitraum geflossenen Fördergeldern sind die Wohnungen aus Steuermitteln letztlich mehrfach bezahlt worden.

Nicht nur die katastrophale Haushaltsslage Berlins erzwingt hier einen radikalen



Foto: J. Rückmann

Saniertes Wohnraum muss für sozial Schwache bezahlbar bleiben. Dafür tritt die PDS in der Rot-Roten Koalition ein.

Bruch. Das auch durch solche Förderregeln zunächst im Westteil Berlins entstandene Geflecht aus Bau- und Immobilienwirtschaft sowie Politik und Verwaltung muss endlich gelichtet werden. Nur so kann politischer Handlungsspielraum zurückgewonnen werden und ein Aufbruch aus eigener Kraft gelingen.

In Lichtenberg werden 2 300 Wohnungen vom Ausstieg aus der „Anschlussförderung“ betroffen sein, davon rund 800 im Altbezirk Lichtenberg und knapp 1 500 in

Hohenschönhausen. Erste wenige Sozialwohnungen wurden 1992 gebaut. Die Mehrzahl aller Sozialwohnungen ist in den Jahren von 1994–1997 fertiggestellt worden. Da die Grundförderung im sozialen Wohnungsbau 15 Jahre währt und die Mehrzahl der Objekte in Lichtenberg ab 1994 fertiggestellt worden sind, werden die Auswirkungen der Neuregelung überwiegend ab 2009 eintreten.

Es wäre unverantwortlich, wenn man mit Verweis auf das Ende der Anschlussförderung Verunsicherung der Mieterinnen und Mieter schüren würde. Mit dem Wegfall der Förderung sind die Eigentümer theoretisch berechtigt, von den Mietern die Kostenmiete zu verlangen. Praktisch ist dies sehr unwahrscheinlich. Angesichts des existierenden Wohnungsleerstandes (in Lichtenberg waren 2001 über 6 500 Leerstandswohnungen erfasst) und damit eines breiten Alternativangebotes für die betroffenen Mieterinnen und Mieter werden die Eigentümer bestrebt sein, die Wohnungen weiterhin zu vermieten. Das wird ihnen nur gelingen, wenn die Miethöhe angemessen ist, also die Mieten in der Umgebung für vergleichbare Wohnungen nicht übersteigt.

Zusätzlich hat der Senat ein weitgehendes Konzept für die Beratung und den Schutz der betroffenen Mieterinnen und Mieter beschlossen, damit keine sozialen Härten entstehen. (→ *Siehe auch untenstehenden Beitrag von Dr. Steffi Schulze.*)

Mieterschutz hat Vorrang

Von Dr. Steffi Schulze, MdA

Die Entscheidung von Parlament und Senat, die Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau zu beenden, ist richtig. Zwischen 1987 und 1997 wurden in Berlin ca. 25 000 Sozialwohnungen errichtet, davon etwa 12 000 im Ostteil der Stadt, beispielsweise in der Simon-Bolivar-Straße, in der Dolgenseestraße, in der Herzbergstraße, in der Landsberger Allee und in der Konrad-Wolf-Straße. Das Land Berlin förderte diese Wohnungen 15 Jahre lang so, dass auf die Mietzahlungen der Mieter von durchschnittlich 4,50 €/m² noch einmal 8 bis 15,00 € dazugezahlt wurden. Nach Ablauf dieses Zeitraums sollte sich eine weitere Förderung um 15 Jahre anschließen.

Dies ist weder sozial noch finanziell sinnvoll, weil so nicht vor allem der soziale Wohnungsbau zu sozial verträglichen Mietpreisen, sondern Investoren und Anleger profitieren. Das ist nicht weiter zu verantworten.

Dass nunmehr nicht mehr Eigentümer mit überhöhten Kostenmieten gefördert

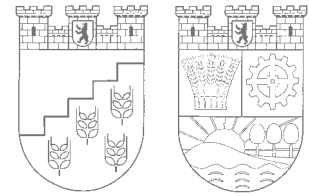
werden, sondern Förderung unmittelbar den Mietern zugute kommen soll, ist richtig. Allerdings wird es nun zu einer Anhebung der Mieten auf die ortsübliche Vergleichsmiete kommen. Die PDS setzte sich dafür ein, dies sozial abzufedern – durch Einzelfallprüfung und Härtefallregelung. Eine Verdrängung von Mietern aus ihren Wohnungen und aus ihrem sozialen Umfeld muss vermieden werden. Mieterschutz hat oberste Priorität.

Mit dem Wegfall der Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau ergeben sich für die betroffenen Mieter viele Fragen. Sie brauchen kompetente und verlässliche Beratung. Der Senat hat dazu am 11. Februar 2003 einen Maßnahmenkatalog zum Mieterschutz beschlossen, in dem wichtige Forderungen der PDS eingeflossen sind. Betroffene Mieter werden sofort informiert, eine „Info-Hotline“ wird eingerichtet und eine qualifizierte unabhängige Mieterberatung gewährleistet.

Beschlossen wurde die Gewährung von Mietausgleich für die Mietsteigerungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete. Liegt das anrechenbare Haushaltseinkommen unter

der maßgeblichen Bundeseinkommengrenze für Sozialwohnungen, werden 90 % der Mietsteigerungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete übernommen. Wenn das anrechenbare Einkommen mehr als 50 % über der Bundeseinkommengrenze liegt, wird kein Mietausgleich mehr gewährt, liegt das Einkommen dazwischen, wird die Mietsteigerung bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete je nach Einkommensüberschreitungen übernommen. Dieser Mietausgleich wird für maximal 5 Jahre gewährt. Bei besonderen Härten wie beispielsweise bei Menschen mit hohem Lebensalter, gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Behinderungen, denen ein Umzug nicht zugemutet werden kann, wird ein besonderer Abschlag bei der Einkommensermittlung berücksichtigt. Wird ein Umzug notwendig, werden den Betroffenen freie Wohnungen in der näheren Wohnumgebung angeboten. Darüber hinaus gibt es pauschale Umzugskostenhilfen, welche gestaffelt nach Haushaltsgrößen gezahlt werden.

Die genauen Mieterschutzregelungen können in der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus eingesehen werden.



Wir wollen nicht nur Symbol sein

Aus einer Rede der Schülerin Caroline Birke vom Kinder- und Jugendparlament auf der Februar-Tagung der BVV

Als dritte Generation wollen wir heute stellvertretend auch für viele andere zu Ihnen sprechen. Sprechen von dem Gefühl, das uns bewegt.

Dass Bildung durch immer weitere Kürzungen privatisiert wird, hat uns der neue Beschluss gezeigt, nach dem nun Lehrbücher selbst zu kaufen sind ... Auch hier muss man zumindest sozial schwache Familien unterstützen ...

Die Aussicht auf wirkliche Veränderungen haben viele von uns nicht mehr. Zu oft wird etwas versprochen, das im nachhinein nicht eingehalten wird. Berlin ist ein Beispiel dafür. Ich werde Ihnen eine kleine – keineswegs vollständige – Auflistung der traurigen Finanzpolitik geben:

- Erhöhung der Kitagebühren,
- Bibliotheksschließungen,
- Schwimmbadschließungen,
- eine eventuelle Tierparkschließung,
- Abschaffung der Lehrmittelfreiheit,
- Schulfusionen oder -schließungen,
- Sperrung von Jugendprojekten (insbesondere in Marzahn-Hellerdorf).

Dabei ist es so wichtig, dass Verantwortung getragen wird, dass jung geübt wird, eine Gemeinschaft aufzubauen und ein Gefühl des Gebrauchtseins entstehen zu lassen ... Individualität hat ein solches Übermaß angenommen, dass ein Egoismus entstanden ist, der mit der Einstellung „Ich bin am wichtigsten“ einher geht. Wie, fragen wir Sie, soll ein solcherart „motivierter“ Mensch später unsere Gesellschaft gestalten können, wenn er nie gelernt hat, sich freiwillig zu engagieren ... – Vorbild für andere zu sein? Soll die „ökonomische Brauchbarkeit“ eines Menschen das Ziel sein?

Kriminalität, Gewalttätigkeit und Perspektivlosigkeit haben zugenommen, weil viele Jugendliche nie gelernt haben, Prob-

leme anders zu lösen. Dass rechtsradikale Gruppen soviel Zulauf erhalten, besonders von jungen Menschen, heißt, dass viele ihre Orientierung auf solche „Gemeinschaften“ verlegt haben, weil es vielleicht in ihrer Umgebung keine Alternativen gibt und gab. Wer ist dafür verantwortlich? Kein Zeigefinger zeigt auf Sie, doch so richtig beantworteten kann uns diese Frage keiner.

Im Allgemeinen heißt es, wir seien gleichgültig, abgestumpft, rebellisch – vielleicht tragen alle zu dieser Entwicklung bei, auch wir, aber der Vorwurf ist nicht die Antwort selbst...

Bei uns im Kinder- und Jugendparlament kommen regelmäßig fünf Jugendliche zusammen ... – und das bei einem Bezirk dieser Größe! Ich sehe unsere Arbeit als leider nur symbolisch an. Ich bitte, uns ernster zu nehmen, uns etwas zuzutrauen. Unsere Zukunftseinstellung hängt nicht zuletzt davon ab, wie man uns behandelt und in wie weit man uns Vertrauen schenkt. Wer glaubt, keine Chance zu haben, dem wird auch der Wille fehlen, sich zu engagieren.

Aus meinem Notizbuch

Von Jürgen Steinbrück, Geschäftsführer der PDS-Fraktion in der BVV-Lichtenberg

■ Zur Eröffnung des Medizinischen Zentrums Lichtenberg, einem angenehmen und modernen Komplexangebot der ambulanten Versorgung, gratulierte der Staatssekretär im Bundesministerium den Betreibern zu ihrem Pioniergeist. Da wäre mir beinahe das Schnitzchen aus der Hand gefallen. Wenn Pioniergeist in der Bundesrepublik 2003 die Wiederauferstehung der Poliklinik nach 13 Jahren Ignoranz bedeutet, dann vorwärts, Pioniere!

■ Im Januar stellte die Kollegin Fricke der Fraktion das Projekt des Bezirksamtes: „Besser leben in Lichtenberg – gesunder, familien- und kinderfreundlicher Bezirk“ vor. Es ging um neue und auch bekannte Positionen der Agenda 21, einem Zukunftsprojekt, von denen die PDS nicht gerade viel auf der Tagesordnung hat. Da hat mich die aggressive, belehrende und unsachliche Reaktion eines unserer stellvertretenden Bürgerdeputierten ziemlich geärgert. Besserwisserei und Rechthaberei schaden unserem Ansehen und der Zusammenarbeit. Ich habe mich bei Frau Fricke dafür entschuldigt.

■ In der Januar-BVV lehnte unsere Fraktion mehrheitlich den vom Vorsitzenden des Kulturausschusses (PDS) begründeten Antrag ab, den Förderverein Schloss Hohen-schönhausen nicht zu unterstützen. In den

anderen Fraktionen das blanke Unverständnis. Aber: In einer Fraktion mit 32 Persönlichkeiten und ohne Fraktionszwang ist eine Debatte auch in der Öffentlichkeit und ein überraschendes Ergebnis nichts Ungewöhnliches. Demokratie pur eben.

Krank sein taugt nichts

Das ist nicht neu, aber für unsere BO Grund genug, zu einem Bürgerforum über die gegenwärtige Gesundheitspolitik der Bundesregierung und die Vorstellungen der PDS zur Gesundheitsreform einzuladen. Referentin war die gesundheitspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Ingeborg Simon. Sie sprach u. a. über die bundesweite PDS-Kampagne „Solidarität rechnet sich“ und stellte den Arbeitskreis „Soziale Sicherheit“ mit seinen Ideen vor. Die Leiterin der Dolgensee-Apotheke stimmte dem von der PDS vehement verteidigten Solidarprinzip im Gesundheitswesen zu und versprach Rat und Hilfe bei der Medikamentenauswahl. Interesse am Thema des Forums zeigte auch die Volkssolidarität durch die Teilnahme ihrer Bezirksvorsitzenden.

Die Veranstaltung bewies unser Bemühen, als PDS den Bürgern des Wohngebietes nah zu sein und ihre Sorgen aufzugreifen. *Karl Heinz Knoche, BO 52/1*

Rock gegen Rechts

250 Schüler kamen am 17. Februar zum 3. „Rock gegen Rechts“ ins Kulturhaus Karlshorst. Initiatoren und Veranstalter waren die Schülerinnen und Schüler der Lessing-Oberschule aus Lichtenberg. Bürgermeisterin Christina Emmrich (PDS) unterstützte als Schirmherrin diese Veranstaltung.

Die Schüler sprachen sich gegen einen Krieg im Irak aus und stellten das diesjährige Konzert unter das Motto „Rock against War“. Bezirksverordnete der PDS spendeten 100 € für das Konzert, die Daniel Tietze den Veranstaltern übergab und die Besucher auch zum diesjährigen „Rock für Links“ einlud. *J. P.*



Foto: J. Pampel

Sven Schimmelpfennig, der Initiator von „Rock gegen Rechts“



Buch-Tipp



Krieg gegen den Irak

Der US-amerikanische Publizist William Rivers Pitt legt anhand von Gesprächen mit Scott Ritter, UN-Waffeninspekteur im Irak von 1991–1998, früherer Navy-Offizier, Teilnehmer des Golfkrieges 1991 und Parteifreund von George W. Bush, dar, dass es keinerlei Beweise dafür gibt, dass der Irak über funktionstüchtige atomare, biologische oder chemische Massenvernichtungswaffen verfügt. Ebenso wenig kann eine Zusammenarbeit zwischen Saddam Hussein und Osama bin Laden belegt werden. Die unvorhersehbaren weltweiten Risiken eines US-amerikanischen Angriffskrieges sind jedoch nicht zu leugnen.

- William Rivers Pitt: „Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt“, aus dem Englischen; Kiepenheuer & Witsch, 4. Auflage 2003, 107 Seiten, 6,90€

Gefährliche Pappeln

In der Lindenberger Straße in Wartenberg stehen ca. 50 von Stürmen beschädigte Pappeln. Sie gefährden Fußgänger, Autofahrer und Anwohner. Niemand scheint zuständig zu sein. Auch an anderen Stellen in Hohenschönhausen könnten Pappeln so zu einer Bedrohung werden. Hier muss sich rasch etwas ändern, meint

Barbara Ludwig, Bezirksverordnete der PDS und Mitglied des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit.

Berlin im Bombenhagel

Der Lichtenberger Ratssaal im Rathaus fasste die vielen Leute nicht, die am 26. Februar zur Eröffnung der Ausstellung „Wie Silberfische flimmerten Bomber am Himmel“ gekommen waren.

Sorgfältig zusammengetragene Bild- und andere Dokumente Betroffener sowie Aufzeichnungen von Gesprächen mit Zeitzeugen erinnern an das Inferno des Bomben-Krieges 1940–1945 in Berlin. Ihre auf beklemmende Weise lebendig gemachte Erinnerung soll helfen, die Schrecken eines Krieges nicht zu vergessen.

Dr. Andreas Prüfer, der stellvertretend für die Bezirksbürgermeisterin diese vom Heimatmuseum Lichtenberg seit zwei Jahren vorbereitete Rückschau auf diese Schreckenszeit eröffnete, wies auf die beklemmende Aktualität der Ausstellung hin, die von ihren Planern und „Machern“ weder gewollt wurde noch gewünscht wird. Die Lehre aus dem Gezeigten kann nur sein: „Kein Krieg! Nirgends.“

- Die Ausstellung im Heimatmuseum Lichtenberg, Parkaue 4 (Nähe Rathaus), kann noch bis zum 26. November 2003 besucht werden. *-kl-*



Der Spittelmarkt in Schutt und Asche (aus: „Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zeiten Weltkrieges“, Naturalis Verlag München 1989, S. 72)

Da muss ich hin!

- **Sonntag, 9.3., 10 Uhr**
Kranzniederlegung für Gefallene der Berliner Märzkämpfe 1919, BdA Lichtenberg, Möllendorffstraße, Grünanlage neben dem Rathaus
- **Donnerstag, 13.3., 19 Uhr***
Programmdiskussion mit R. Hecker
- **Sonntag, 16.3., 10 Uhr***
„Lichtenberger Sonntagsgespräch“: „Zur Gesundheitsreform“, mit H.-J. Braun und H. Nick
- **Donnerstag, 20.3., 19 Uhr***
AG Politische Bildung: „Ein anderes Europa in einer anderen Welt ist möglich“, Vortrag von Judith Dellheim (Mitglied des Parteivorstandes und der Grundsatzkommission), anschließend Diskussion

Termine

- **Dienstag, 11.3., 17–18 Uhr***
Sprechstunde der PDS-Bundestagsabgeordneten Dr. Gesine Löttsch
- **Dienstag, 11.3., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Donnerstag, 13.3., 15 Uhr**
Frauentagsfeier (Einlader: AG Senioren der PDS Lichtenberg), Sozialküche, Matenzeile 26
- **Sonabend, 15.3., 10 Uhr**
Frauenplenum des 8. Parteitages, CORVUS GmbH, Herzbergstraße 84
- **Montag, 17.3., 19 Uhr**
BVV-Fraktionsversammlung, Rathaus
- **Dienstag, 18.3., 18.30 Uhr****
Beratung mit den Wahlkreisaktiven
- **Dienstag, 18.3., 19 Uhr***
Beratung mit den Sprecherratsvorsitzenden
- **Mittwoch, 19.3., 17 Uhr**
BVV-Tagung, 16.30 Uhr Bürgerfragestunde, Große-Leege-Straße 103
- **Montag, 24.3., 19 Uhr***
Rot-Rote Regierungserfahrungen; mit St. Schulze, MdA,
- **Dienstag, 25.3., 19 Uhr***
BV-Tagung
- **Dienstag, 25.3., 19 Uhr**
„Zur Arbeit im Bundestag“ mit G. Löttsch, MdB, Bezirksamt Große-Leege-Straße 103
- **Mittwoch, 26.3., 19 Uhr**
„Zur Arbeit im Bundestag“ mit G. Löttsch, Kulturhaus Karlshorst
- **Freitag, 4.4.–Sonntag, 6.4.**
Klausur des Bezirksvorstandes

* Veranstaltungsort: Alfred-Kowalke-Straße 14

** Veranstaltungsort: Ahrenshooper Straße 5

Info links

Herausgeber:
PDS-Bezirksverband Lichtenberg
Redaktionskollektiv, v. i. S. d. P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:
Geschäftsstelle der PDS
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47
Fax: 030/51 65 92 42

E-mail: PDS-Lichtenberg@t-online.de
Web: www.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss: 28.2.2003

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 3/2003: 11.3. und 25.3.2003, jeweils 16 Uhr
Redaktionsschluss für Ausgabe 3/03: 23.3.2003
Die nächste Ausgabe erscheint am 3.4.2003.

Druck: Druckerei Bunter Hund
Gestaltung: Jörg Rückmann
Die Herstellung dieser Zeitung wird durch Spenden finanziert.